

Artikel vom 08.06.2020

Bau- und Umweltausschuss

Sitzung vom 8. Juni 2020



Eine "ganz normale Sitzung" des Bau- und Umweltausschusses kann manchmal besser veranschaulichen, wie die verschiedenen Fraktionen im Gemeinderat agieren, als so manche langwierige Gemeinderatssitzung. Am 8. Juni gab die erste Sitzung der neuen Wahlperiode einen Ausblick, was die Bürgerinnen und Bürger Obertraublings in den nächsten 6 Jahren von ihren Vertretern erwarten können.

Bereits der erste Tagesordnungspunkt der Sitzung verschaffte einen ersten Eindruck der Grundpositionen. Während die CSU mit der Mehrheit ein Einfamilienhaus im Garten einer Hofstelle ermöglichen wollte, waren die Grünen gegen eine solche Nachverdichtung, um die Bäume auf dem Grundstück zu erhalten.

An anderer Stelle verdeutlichte der Bauausschuss auf Vorschlag des stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden [Dr. Matthias Ruckdäschel](#) seine Position zur Bauleitplanung der Gemeinde Köfering. Auf Vorschlag der CSU drängt die Gemeinde nun noch deutlicher auf die Umsetzung der R30n und der Ortsumfahrung Niedertraubling mit Stich nach Neutraubling, da die weitere Wohnbebauung in Köfering das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde Obertraubling noch verschlimmert. Der Vorschlag fand eine breite Mehrheit, die Einigkeit im Gemeinderat bei dem drängenden Thema Verkehrsentlastung ist offensichtlich groß. Nur die Grünen waren dagegen, da sie die Ortsumfahrung Niedertraubling grundsätzlich ablehnen – dies ist besonders erstaunlich, da ja 2 ihrer 3 Fraktionsmitglieder in Niedertraubling wohnen.

Um wirklichen Umwelt- und Artenschutz ging es bei einem Beitrag von CSU-Gemeinderat [Franz Aukofer](#), der anmahnte, dass die Gemeinde Grünflächen vor dem 1. Juli gemäht hatte, was eine Gefährdung für Bodenbrüter bedeute. Aukofer regte außerdem an, die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes wieder auszuweiten, da sich dort derzeit lange Schlangen bildeten. Beide Anmerkungen wurden positiv aufgenommen.

[Dominik Bäumel](#) mahnte zum Abschluss der öffentlichen Sitzung noch eine baldige Umsetzung einer Staustufe zur Löschwasserentnahme an, für die bereits 2018 Haushaltsmittel eingestellt worden waren. Bisher wurde der überfällige Auftrag jedoch noch nicht erteilt.